

Als die Vereinigten Staaten zum Staat wurden

Was Olaf Scholz meinte, als er vom „Hamilton-Moment“ sprach/Von Peter Sturm

Revolutionen können teuer werden, sowohl im übertragenen als auch im wörtlichen, monetären Sinne. Diese Erfahrung mussten auch die amerikanischen Kolonisten machen, die sich Ende des 18. Jahrhunderts gegen Großbritannien erhoben. Für ihren Kampf gegen die bestimmende Großmacht jener Zeit brauchten sie Geld. Sie bekamen es vor allem von Frankreich. Das wollte mit dieser Unterstützung eine machtpolitische Rechnung begleichen, die es mit Großbritannien seit dem Siebenjährigen Krieg (1756 bis 1763) offen hatte. Dieser von manchen Historikern als „erster Weltkrieg“ bezeichnete Konflikt hatte Frankreich in Nordamerika und Asien große koloniale Gebietsverluste eingetragen. Doch auch wenn Frankreich mit der Hilfe für die rebellierenden Amerikaner politische Ziele verfolgte, schenkte es ihnen nichts, sondern vergab Kredite. Im Laufe der Zeit stieg die Verschuldung der Unabhängigkeitskämpfer auf eine Höhe, die die Finanzkraft der Amerikaner überstieg.

An diesem Punkt beginnt die Vorgeschichte jenes „Hamilton-Moments“, den Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) und andere nun in der gemeinsamen Schuldenaufnahme der EU zur Bewältigung der Corona-Krise sehen wollen. Die Amerikaner waren zwar 1783, sieben Jahre nach ihrer Unabhängigkeitserklärung, siegreich aus dem Kampf gegen die Briten hervorgegangen, aber der Aufbau des neuen Staates war damit noch nicht abgeschlossen. Im Streit über seine künftige Gestalt verliefen die Fronten, grob gesagt, entlang einer Linie, die bis heute immer wieder einmal aufscheint. Auf der einen Seite standen diejenigen, die möglichst viel Macht bei der Zentralregierung konzentrieren wollten. Ihnen gegenüber standen diejenigen, die – gerade mit Blick auf die gerade überwundene Kolonialherrschaft – die einzelnen Bundesstaaten mit möglichst viel Kompetenzen ausstatten wollten.

Diese Konstellation machte vor allem den Umgang mit den während des Unabhängigkeitskriegs aufgelaufenen Schulden schwierig. Zwar gab es auf Bundesebene eine parlamentarische Vertretung. Deren Befugnisse in finanziellen Fragen waren aber sehr eingeschränkt. So kam es, dass 1785 die Rückzahlungen an Frankreich eingestellt wurden. Kredite privater Investoren aus den Niederlanden wurden allerdings weiter bedient. Aus diesen Quellen erhofften sich die Amerikaner am ehesten neue Kredite, die sie 1787 und 1788 dann auch tatsächlich erhielten. Die Verfassung gab der Bundesregierung dann ab 1789 mehr Rechte in Finanz- und Steuerfragen.

Es blieb aber das Problem der Verschuldung bei Frankreich. Und dieses wurde auch nicht dadurch aus der Welt geschafft, dass durch die Revolution beim Kreditgeber 1789 – vorübergehend – eine Republik entstand, also eine Staatsform, die der amerikanischen ähnlich war. Die von den Monarchien ganz Europas bedrängten Revolutionäre in Frankreich konnten sich noch weniger als die gestürzte Bourbonen-Monarchie finanzielle Großzügigkeiten gegenüber Schuldnern erlauben.

So kam es am 20. Juni 1790 in New York, wo zu diesem Zeitpunkt der amerikanische Kongress tagte, auf Einladung von Außenminister Thomas Jefferson zu einem Treffen, das Finanzminister Alexander Hamilton sowie James Madison, Abgeordneter aus Virginia, zusammenführte. Diese beiden repräsentierten die unterschiedlichen Sichtweisen, wie das neu entstandene Staatswesen in Amerika aufgebaut sein sollte. Der „Föderalist“ Hamilton wollte möglichst viele politische und ökonomische Befugnisse bei der Bundesregierung konzentrieren. Sowohl Jefferson als auch Madison traten demgegenüber dafür ein, möglichst viel Macht bei den Bundesstaaten zu lassen.

Schon im Januar hatte Hamilton seine fiskalpolitischen Vorstellungen zusammengefasst. Er wollte die während der Revolution in den Bundesstaaten aufgelaufenen Schulden auf die Bundesregierung übertragen. Nur so könnten die Vereinigten Staaten international zu einem geachteten Akteur werden. Das Thema war seitdem auf parlamentarischer Ebene ausführlich behandelt worden. Vor allem in den im Norden gelegenen Bundesstaaten neigten viele Hamiltons Vorschlag zu, weil sie noch hohe Schulden hatten. Im Süden dagegen hatten viele schon einen großen Teil ihrer Verbindlichkeiten getilgt und mochten nicht einsehen, dass sie Befugnisse an die Bundesebene abtreten sollten. Ihre gute Zahlungsmoral würde dadurch bestraft, die säumigen Zahler dagegen würden in unfairer Weise belohnt.

In dieser Zeit war noch ein zweites Thema Gegenstand hitziger politischer Debatten: der Sitz der künftigen Hauptstadt des Landes. Im Kongress kursierten mehrere Vorschläge, von denen sich zunächst keiner als mehrheitsfähig erwies. Im Senat bekam Ende Mai ein von Südstaaten favorisierter Resolutionsentwurf keine Mehrheit, der einen Ort „am Ostufer des Potomac“-Flusses als künftigen Sitz der Bundesregierung vorsah. Bei dem Treffen am 20. Juni 1790 soll es zu einer Art „Kuhhandel“ gekommen sein: Madison und seine Unterstützer gaben ihren Widerstand gegen die Übernahme der Schulden durch den Bund und damit größere Rechte in Finanz- und Steuerfragen für die Zentralregierung auf, im Gegenzug sollte der Kongress die Errichtung einer Bundeshauptstadt an dem Ort beschließen, der heute Washington D.C. heißt.

In der Tat kam es so. Im Juli beschloss der Kongress, die künftige Hauptstadt an den Ufern des Potomac zu errichten. Und im August billigten die Abgeordneten dann den „Funding Act“, in dem unter anderem die Übernahme der Schulden der Bundesstaaten durch den Bund festgelegt wurde. Das Treffen von Jefferson, Madison und Hamilton ist verbürgt. Ob es den „Kuhhandel“ in dieser Form an diesem Tag gegeben hat, ist hingegen nicht sicher. Hamilton hatte jedenfalls die Möglich-

keit, auf internationaler Bühne freier zu agieren. Unter anderem nahmen die Amerikaner auf dem niederländischen Kapitalmarkt neue Kredite auf. Und 1795 gelang dann mit Hilfe eines amerikanischen Bankiers auch eine abschließende Schuldenregelung mit Frankreich.